

Genehmigt am 17.1.2002

Protokoll Nr. 61

Sitzung von Donnerstag, 22. November 2001, 17.00 Uhr, im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Michael Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Jsabelle Blunschy
Christine Bosshardt
Annette Brunner
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Rudolf Friedli
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Guglielmo Grossi
Adrian Haas
Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Kurt Hirsbrunner
Stephan Hügli
Natalie Imboden
Urs Jaberg

Daniele Jenni
Michael Jordi
German Kalbermatten
Esther Kälin Plézer
Daniel Kast
Rudolf Keller
Margareta Klein-Meyer
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Melanie Leskow
Liselotte Lüscher
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Corinne Mathieu
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Philippe Müller
Rosmarie Okle Zimmermann
Ruth Rauch
Lydia Riesen
Heinz Rub

Ursula Rudin-Vonwil
Erich Ryter
Sabine Schärer
Doris Schneider
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Ernst Stauffer
Michael Straub
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Catherine Weber
Thomas Weil
Kurt W. Weyermann
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Peter Bernasconi
Peter Bühler

Annemarie Lehmann
Annemarie Sancar

Sylvia Spring Hunziker
Max Suter

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Voranschlag 2002 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets; Fortsetzung	200
2.	Reglement über die Sonntagsruhe in der Gemeinde Bern (SSSB 555.1); Aufhebung (Müller / Wasserfallen)	140
3.	Motion Peter Blaser (SP): Für eine konsequente Parkplatzbewirtschaftung (Wasserfallen)	219
4.	Interpellation Fraktion GB, JA!, GPB (Catherine Weber, GB): "Killer-Munition" aus Thun auch für die Stadtpolizei Bern? (Wasserfallen)	198
5.	Interpellation Annette Brunner (JA!): Seit Jahren unrechtmässig Geld abgeknöpft?! (Wasserfallen)	220
6.	Kleine Anfrage German Kalbermatten (CVP): Konsequenzen aus den Ereignissen vom 11. September 2001 für die Stadt Bern (Wasserfallen)	230
7.	Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): Mehr Vortritt für Fussgänger (Wasserfallen)	231
8.	Motion Fraktion SP (Barbara Mühlheim / Raymond Anliker): SIP Projekt auch in der Stadt Bern! (Begert)	221
9.	Postulat Annemarie Lehmann (FDP): Schaffung einer Kinderschutzgruppe in Zusammenarbeit mit den Aussengemeinden (Begert)	136
10.	Interpellation Hans Ulrich Gränicher (SVP): Geltendmachen eines Bundesbeitrags aus der LSVA zur Entlastung der Strassenrechnung und für dringende Massnahmen zur Werterhaltung des städtischen Strassennetzes (Frösch)	218
11.	Interpellation Hans Ulrich Gränicher (SVP): Aktueller Stand Mietzinse und Nebenkostenabrechnungen bei den städtischen Liegenschaften (Frösch)	223
12.	Sanierung und Umgestaltung des Bahnhofplatzes, des Bubenberglplatzes und der Christoffelunterführung: Projektierungskredit (Anteil Stadt) (Balsiger / Tschäppät)	191
13.	Motion Fraktion FDP (Annemarie Lehmann / Adrian Haas): Neue Tunnellösung für den Bahnhofplatz (Tschäppät)	212
14.	Postulat Hans-Ulrich Suter (FDP): Klee-Platz; Prüfungsbericht (Tschäppät)	--

Mitteilungen

Der *Vorsitzende* begrüsst die Vordelegation der Mitglieder des Grossrats und gibt bekannt, dass die Sitzung später kurz unterbrochen wird, um gemeinsam ein Apéro zu sich zu nehmen. Des weiteren gibt er den Rücktritt von Eva von Ballmoos bekannt und verliest ihr Rücktrittsschreiben: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident. Im Frühjahr 1993 bin ich Mitglied des Berner Stadtparlaments geworden, heute – fast neun Jahre später – gebe ich meinen Rücktritt auf Ende 2001 bekannt. In dieser langen Zeit als Stadträtin habe ich viel erlebt, viel gelernt und auch einiges für Bern mitgestalten können. Besonders gern habe ich, vor allem auch in meiner Zeit als GPK-Mitglied, an Geschäften der damaligen Direktionen Stadtbetriebe und Planung und Bau gearbeitet. Die Herausforderung für mich war dabei immer, im Rahmen des rechtlich und finanziell Vertretbaren unter Beachtung von ökologischen Kriterien die besten Lösungen zu unterstützen oder sogar herbeizuführen. Einen Tiefpunkt habe ich durchlaufen, als sich der Verdacht langsam aber sicher zur Gewissheit verdichtet hatte, dass nicht alles, was sich unter dem Namen „Grün“ präsentiert, auch wirklich die grünen Anliegen, welche mich in Politik und persönlichem Alltag motivieren, prioritär vertritt. Ich habe deshalb vor zweieinhalb Jahren meinen Platz im Parlament gewechselt. Der Zeitpunkt zum Rücktritt mag nie der ideale sein. Für mich stimmt das Jahresende 2001 insofern, als zwei Geschäfte, wel-

che mir sehr wichtig sind, abgeschlossen sind oder kurz vor dem Abschluss stehen: Das Reglement SWB sowie die Inbetriebnahme der Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr und der Finanzierung gemäss Reglement RFFV. Ich bin dankbar für die intensiven und interessanten Jahre, welche ich als Parlamentsmitglied erlebt habe, nicht zuletzt auch für die vielen Begegnungen mit engagierten Menschen. Ich werde stets eine politisch interessierte Bernerin bleiben und weiterhin Anteil an dem Geschehen in und um Bern nehmen. Dem Stadtrat wünsche ich für seine weitere Arbeit alles Gute, eine Prise Sachlichkeit und eine Prise Herzlichkeit.

Der *Vorsitzende* gibt ausserdem bekannt, dass die Sitzung vom Donnerstag 29.11.2001 bereits um 16.00 Uhr beginnt.

Ordentliche Traktanden

1 Voranschlag 2002 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets; Fortsetzung

Produktgruppen-Budgets NSB

- Das Strasseninspektorat wird in der Reihenfolge der zu behandelnden Produktgruppen-Budgets (PG) vorgezogen. -

Strasseninspektorat und Entsorgung

Anträge Fraktion GB/JA/GPB

SIB PG 83; TBA Strassenunterhalt - 300 000

SIB PG 84; Winterdienst, Schneeräumung - 500 000

Die Präsidentin der GPK *Béatrice Stucki*: Das PG Strasseninspektorat und Entsorgung wurde eingehend diskutiert. Von Seiten des Gemeinderats wurde davor gewarnt, hier weitere Einsparungen vorzunehmen, da es Folgen für das Personal haben werde, vielfach Menschen mit eingeschränkten Leistungsmöglichkeiten. Ein Antrag zur Kürzung von 300 000 Franken beim Strassenunterhalt fand mit 7 : 10 : 1 keine Mehrheit. Auch abgelehnt wurde ein Antrag zur Kürzung von 500 000 Franken beim Winterdienst. Die Folgen von solchen Kürzungen für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden wurden ins Feld geführt. Die GPK/FIKO empfiehlt diese PG mit 9 : 0 : 1 zur Genehmigung.

Zum 1. Antrag der Fraktion GB/JA/GPB *Catherine Weber* (GB): Unser Antrag lautet auf Streichung von 300 000 Franken beim Strasseninspektorat. Bei der NSB-Budget-Sitzung wurde er mit 7 : 10 : 1 abgelehnt. Wir halten aber daran fest und sind der Meinung, dass bei Bruttokosten von 7,9 Mio Franken eine Kürzung um 300 000 Franken durchaus möglich ist. Dies muss auch ohne die angedrohten Entlassungen und einem zukünftig schlechten Strassenzustand gehen. Auch die Bemerkung des Gemeinderats, die Einsparungen führten v.a. zu einer Verschlechterung für die Velofahrenden und die Fussgänger und Fussgängerinnen, finden wir eine seltsame Drohung. Wir schlagen natürlich vor, die Einsparungen zu gleichen Teilen auf alle Verkehrsteilnehmenden zu verteilen und die Sicherheit der Schwächsten im Strassenverkehr prioritär zu behandeln. Wir bitten, diesen zwar bescheidenen, aber durchaus verantwortbaren Sparantrag zu unterstützen.

Zum 2. Antrag der Fraktion GB/JA/GPB *Michael Jordi* (GB): Auch beim Winterdienst geht es darum, das NSB-Budget um 500 000 Franken zu kürzen. Bei der Schneeräumung will ich nicht nur die eindeutig wärmeren Winter der letzten Jahre ins Feld führen, sondern auch hier geht es um die Qualität einer Leistung, die die Stadt Bern wirklich in einer sehr guten Masse erbracht hat und die Einwände gegen unseren Antrag, dass v.a. die Velospurenräumung unter diesen Sparmassnahmen zu leiden hätten, finden wir eine sehr merkwürdige Argumentation. Das zweite Argument gegen unseren Antrag, war die Frage nach der Haftpflicht bei Unfällen. Ich glaube hier muss in den Einzelfällen abgeklärt werden, ob diese besteht oder nicht. Aus unserer Sicht ist dies ein Scheinargument. Ich bitte, diesen Kürzungsantrag zu unterstützen.

Michael Straub (EVP): Die Fraktion GFL/EVP Wir hat einen Antrag zum Bereich Fassadenreinigungen. Es geht um eine Summe von 350 000 Franken. Wir haben schon vor zwei Jahren angeregt, dass der Beitrag an Dritte für Fassadenreinigungen gekürzt wird. Im Gesamtbetrag sind auch Reinigungskosten, für Gebäude die im Besitz der Stadt sind, enthalten. Diese sind von unserem Antrag ausgenommen. Wir sind froh, dass unser Antrag schon in den vorbereitenden FIKO-Sitzungen genehmigt wurde und hoffen, dass unser Antrag auch heute eine Mehrheit findet. Die Stadt gab im Jahr 1997 140 000 Franken für Reinigungen von Sprayereien an Häusern von Dritten aus. Damals sagte man, dies sei eine einmalige Aktion. In den Folgejahren wurden diese Zahlungen weiterhin geleistet und auf Druck des Hauseigentümerverbandes wurde sogar noch das Rayon auf die ganze Stadt ausgedehnt. Fortan wurden nicht nur Sandsteinfassaden gereinigt, sondern auch alle anderen Gebäude. Im Jahr 2001 wurden schon 700 000 Franken für Fassadenreinigungen bei Dritten ausgegeben. Es ist illusorisch, die Stadt „keimfrei“ halten zu wollen. Wir geben Geld, dass wir nicht haben, für monatliche Reinigungen für immer wieder dieselben Fassaden aus. Dies kann nicht das Ziel sein. Wir müssen wieder sparen und das Ausgabelevel von 1997 erreichen. Die Hausbesitzer sollen ihre Verantwortung selber wahrnehmen und sich bei einer Versicherungsgesellschaft gegen solche Schäden versichern lassen oder die Fassaden selber reinigen. Wir bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Alexander Tschäppät, Direktor PVT: Wenn Sie dafür sorgen, dass wir einen warmen Winter haben, können wir auf die Schneeräumung verzichten. Wenn es aber einen harten Winter gibt, werden wir nicht auf Schneeräumung verzichten können. Wir haben einen gesetzlichen Räumungsauftrag, damit der öffentliche Verkehr (öV) innerhalb von vier Stunden schneefrei verkehren kann. Der Winter wird zeigen, ob wir wie in vergangenen Jahren nur 2 Mio oder sogar 6 Mio Franken für die Schneeräumung brauchen werden. Ich kann mit dem Antrag leben, muss aber bemerken, dass wir, falls es viel Schnee geben wird, unserem Räumungsauftrag so oder so nachkommen werden. Auch mit dem Antrag zur Fassadenreinigung kann ich leben. Es steckt einfach eine andere Philosophie dahinter. Sie gehen davon aus, dass die Hausbesitzer und -Besitzerinnen den ganzen Betrag für die Reinigung ihrer Fassaden übernehmen werden. Ob dem wirklich so ist, werden wir in einem Jahr feststellen. Das Problem bei diesem Sparvorschlag ist, dass es wiederum Nischenarbeitsplätze innerhalb des SIB betrifft. Diese konnten an Leute vergeben werden, die für andere Arbeiten nicht einsetzbar sind. In einem Jahr wird also der Stadtrat über die Streichung dieser Arbeitsplätzen abstimmen müssen. Etwas bitterer und ernster wird es beim Antrag zum Strassenunterhalt. Die Stadt Bern besitzt 340 Kilometer Strassen, 400 Brücken und Stützbauwerke. Der Wiederbeschaffungswert dieser Anlagen beträgt zu Zeit ca. 1,16 Milliarden Franken. Es gibt einen theoretischen Unterhaltsbedarf, welcher bei Strassen mit 0,8% und bei Brücken mit 1,1% des Wiederbeschaffungswertes errechnet wird. Dies bedeutet, dass wir allein für den Unterhalt 9,8 Mio Franken jährlich, bereitstellen müssen. Dazu kommt noch die Werterhaltung in der Höhe von 14,3 Mio Franken. Dies ergibt ein Total von 24,1 Mio Franken. Zur Verfügung stehen aber im Total nur 12,6 Mio Franken. Daraus folgt, dass wir schon heute rund 11,5 Mio Franken weniger investieren, als wir eigentlich sollten. Wir laden damit unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern, bei wachsendem Schaden, eine grosse finanzielle Bürde auf. Wir sind der Meinung, dass dies Budgetpolitik am falschen Ort ist, da nichts gespart wird. Eigentlich sollten wir im Bereich Strassenunterhalt massive Budgeterhöhungen vornehmen um den heutigen Wert zu erhalten. Alle die jetzt der Meinung sind, wir sollten unsere Strassen dem Kanton schenken, müssen sich bewusst sein, dass wir zuerst die Auflagen des Kantons erfüllen müssen. Diese besagen, dass sich der Kanton nur Strassen schenken lassen will, wenn wir das 20ig-fache des Unterhaltes bezahlen. Obschon ich mich heftig dafür einsetze, können Sie sich in etwa vorstellen, wie günstig unsere Verhandlungspositionen werden, wenn wir unsere Strassen weiterhin vernachlässigen. Zur Signalisation will ich noch bemerken, dass es sich

bei den ausgewiesenen Kosten fast zu 100% um Lohnkosten handelt. Wenn dieses Geld gekürzt wird, müssen entweder Stellen gestrichen werden oder die Gebühren, die bis jetzt nicht erhoben wurden, müssen eingetrieben werden. Im Bereich Signalisation ist die Stadt Bern relativ grosszügig. Signalisiert wird in Form von Absperrungen, Tafeln und Markierungen. Die Nutzniessenden davon sind: Sportveranstaltungen, Flüchtlingstag, Altstadtfestival, Gassenfasnacht, Geraniumsmarkt usw. Dies sind alles Veranstaltungen die im Verlaufe des Jahres punkto Signalisation, gebührenfrei durchgeführt werden können. Wenn die Kürzung vorgenommen wird, kann die Gebührenfreiheit nicht mehr aufrechterhalten werden. Ich bitte grosszügig zu sein, um Gesuchsstellungen um Gebührenfreiheit für die Signalisation von öffentlichen Veranstaltungen stattgeben zu können. Es handelt sich um nicht kommerzielle Veranstaltungen, bei denen die Stadt weiterhin ihre soziale Verantwortung wahrnehmen sollte.

Walter Christen (SP): Ich finde es sonderbar, Catherine Weber, von bescheidenen Sparmassnahmen zu sprechen. Seit Jahren hat man in diesem Bereich Millionen von Franken eingespart und kann nun die Werterhaltung kaum mehr sicherstellen. Sparkürzungen mit Folgekosten machen keinen Sinn. Ich erinnere nur an die Graugussgasleitungen, die in der Stadt Bern über Jahre vernachlässigt wurden. Heute müssen sie für hunderte Mio Franken saniert werden. Das Strassenverkehrsgesetz schreibt vor, dass das Gemeinwesen für geh- und fahrbare Strassen, die nicht unfallgefährdend sein dürfen, verantwortlich ist. Bei einem Bundesgerichtsurteil wurde eine Gemeinde im Kanton Wallis dazu verurteilt, einer älteren Dame 1/2 Mio Franken Schadenersatz zu bezahlen, weil diese Gemeinde ihrer Schneeräumungspflicht nicht in genügendem Masse nachgekommen ist und die Dame daraufhin einen Unfall hatte.

Kurt Weyermann (FDP): Kürzungen beim Strassenunterhalt können sehr gefährlich sein, da sie zusätzlich zu den Gefahren des Strassenverkehrs noch Unfallgefahren schaffen können. Wenn wir mit diesen 300 000 Franken nur einige Unfälle verhindern können, hat sich dieser Mehraufwand schon gelohnt.

Rudolph Schweizer (SVP): Hier wird völlig am falschen Ort gespart. Kurzfristig gesehen sind vielleicht 300 000 Franken gespart, aber langfristig gesehen kostet es dann plötzlich das Mehrfache. Dies erinnert mich an das Debakel in der städtischen Liegenschaftsverwaltung. Dort wurde auch am Unterhalt gespart, bis sich die Folgekosten auf mehrere Millionen Franken beliefen. Der vernachlässigte Unterhalt von Strassen erwischt die schwächsten Verkehrsteilnehmenden, sind doch die Strassen meistens nicht in der Mitte, sondern an den Rändern beschädigt, was für die Fahrradfahrenden äusserst gefährlich sein kann. Ich bitte deshalb, die 300 000 Franken Einsparungen abzulehnen.

Oskar Balsiger (SP): Die Anträge über Strassenunterhalt und die Schneeräumung lehnt die SP ab. Beim Antrag Strassensignalisation haben wir uns auf Stimmfreigabe geeinigt. Zur Schneeräumung möchte ich sagen, dass wir dort nicht sparen können. Wenn der öV funktionieren soll, müssen die Strassen geräumt werden. Dies bedeutet, dass diese Sparmassnahmen voll auf Kosten der Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgänger gehen werden. Da nämlich dann die Radwege und Trottoirs weniger gut vom Schnee befreit werden können. Radstreifen müssen pro Jahr mindestens einmal nachgezogen werden, wenn man sie sehen soll. Hier kann man nicht sparen! Wenn man sparen will, braucht es dazu eine logistische Vorbereitung und minuziöse Planung.

Michael Jordi (GB): Wir sind hier die einzigen, die den Versuch unternommen haben, irgendetwas zu sparen. Alle Anträge, die bei der FIKO durchgekommen sind, gehen auf unser Konto. Über die Richtigkeit der Sparanträge kann man sich streiten. Natürlich haben wir da

unsere politischen Prioritäten gesetzt. Wir möchten lieber das Budget für die Bildung erhöhen und müssen darum das Budget bei anderen Produktgruppen kürzen. Wenn ich mir die Aussagen so anhöre, könnte man meinen, dass die Strassen in der Stadt Bern in einem desolaten Zustand wären. Dies ist ganz und gar nicht der Fall. Bei der Schneeräumung sagen wir ja nicht, man solle die Strassen für den öV nicht mehr räumen. Wir kürzen das Budget nur mässig. Wenn hier Gemeinderat Alexander Tschäppät bemerkt, dass auch wenn die Kürzung beschlossen wird, trotzdem in der gleichen Qualität Schneeräumung betrieben wird, frage ich mich, für was der Stadtrat noch hier ist. Als Legislative müssen wir die Möglichkeit haben, Änderungen in den verschiedenen Budgetposten vorzuschlagen. Deshalb fordern wir vom Gemeinderat eine bescheidenere Qualität der Schneeräumung. Dies ist die Art, wie ich mir die Diskussion eines NSB-Budgets vorstelle. Der Gemeinderat soll unsere Entscheidungen akzeptieren und nicht einfach so vorgehen, wie er gerne möchte. Es ist klar, dass er dabei die gesetzlichen Rahmenbedingungen einhalten muss, was aber mit unseren Vorschlägen durchaus möglich bleibt.

Beat Schori (SVP): Herr Jordi behauptet, dass seine die einzige Partei sei, die Kürzungsanträge gestellt hat. Dem möchte ich widersprechen. Auch andere Parteien haben Anträge gestellt. Von der GB/JA!/GPB-Fraktion wurden auch Anträge für Budgeterhöhungen gestellt. Diese Tatsachenverdrehung musste ich korrigieren.

Stephan Hügli (FDP): Es ehrt das GB, dass es sparen will. Grundsätzlich helfen wir dabei mit. Sparen sollte aber trotzdem mit offenen Augen geschehen. Wir können den Gemeinderat nicht auffordern, an allen Ecken und Enden nichts mehr zu tun. Sonst könnten wir auch bei den Sozialkosten das Budget komplett kürzen. Faktisch gebundene Aufgaben können nicht eliminiert werden. Der Gemeinderat ist verpflichtet, gesetzliche Auflagen punkto Schneeräumung zu erfüllen. Allerdings können wir hoffen, dass es einen milden Winter gibt. Die Kosten müssen in etwa den Tatsachen entsprechend budgetiert werden, sonst handeln wir auch illegal. Beim Strassenunterhalt würde am falschen Ort gespart, da wir nur unsere Zukunft belasten.

Doris Schneider (GB): Es steht uns frei, zu beschliessen, dass in Zukunft gefallener Schnee einfach liegengelassen wird. Vielleicht werden die Leute dann den öV benutzen oder zu Fuss gehen. Zumindest finde ich es normal, dass man hier über die Qualität der Schneeräumung diskutieren darf. Die Strassen in der Stadt Bern sind in einem guten Zustand und können deshalb im Moment mit weniger Unterhalt auskommen.

Rolf Schuler (SP): Ich bitte, den Budgetposten der Schneeräumung nicht zu kürzen. Menschen mit einer Behinderung bzw. Seniorinnen und Senioren sind beim Gehen auf saubere Strassenverbindungen und Gehwege angewiesen, um das Unfallrisiko im Winter zu minimieren.

Daniele Jenni (GPB): Ich unterstütze die Anträge der GB/JA!/GPB-Fraktion. Die Argumente sind gesagt, ich komme nicht darauf zurück. Ich möchte aber einen anderen Aspekt in den Vordergrund rücken. Es ist nicht das erste Mal, dass der Gemeinderat Tschäppät sich hier auf den Standpunkt gestellt hat, dass wir hier beschliessen können was wir wollen, er aber dennoch machen wird, was nötig ist, oder im Klartext gesagt, was er will. Wenn dies der Gemeinderat mitträgt, wird dies langsam zur unerträglichen Unsitte.

Beschlüsse

1. Der Kürzungsantrag GB/JA!/GPB-Fraktion zur PG SIB Strassenunterhalt wird mit 53 : 8 : 11 abgelehnt.
2. Der Kürzungsantrag GB/JA!/GPB-Fraktion zur PG SIB Schneeräumung wird mit 45 : 14 : 13 abgelehnt.

Anträge GPK/FIKO, Fraktion GFL/EVP:

S. 81: 741.4340.30	SIB Fassadenreinigungen	+ 350 000
S. 81: 744.3010.00	Strassensignalisation, Besoldungen	- 84 000
S. 81: 744.3030.00	„ Arbeitgebeiträge	- 5 500
S. 81: 744.3040.00	„ Beiträge PVK	- 8 200
S. 81: 744.3050.00	„ Arbeitgeberbeiträge Kranken-und Unfallversicherung	- 2 300
S. 82: 744.4900.27	Interne Verrechnungen	- 100 000
S. 80: 730.3907.44	Interne Verrechnung	- 100 000

Adrian Haas (FDP): Es kam mir fast so vor, als wären es die Hauseigentümer selber, die ihre Fassaden besprayen. Das Problem ist eher, dass die Stadt diese Sachbeschädigungen nicht in den Griff bekommt. Die Beiträge die hier ausgerichtet werden sind keine Vergünstigung, sondern viel mehr ein Anreiz, dass Sprayereien weggeputzt werden. Dies ist ein eminentes öffentliches Interesse. Es gibt Studien vom BUWAL, die belegen, dass in versprayten Gebieten, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt wird. Ein verwahrloster Eindruck eines Quartiers, begünstigt weitere Vandalenakte. Dies belastet wiederum das Budget der Stadt, namentlich dasjenige der Stadtgärtnerei. Das Erscheinungsbild einer Stadt ist auch für den Tourismus entscheidend. Wenn Sprayereien schnell weggeputzt werden, ist die Attraktivität für weitere Graffitis kleiner. Aus diesen Gründen bin ich überzeugt, dass dieser Beitrag an die Fassadenreinigungen von Dritten absolut gerechtfertigt ist.

Beat Zobrist (SP): Ich bin nicht der Meinung, dass alles was dieser Stadt gut tut, auch von ihr bezahlt werden muss. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an die Eigenverantwortung, die von den Hauseigentümern oft genannt wird, appellieren. Vielleicht wäre diese auch hier anzuwenden. Die FIKO/GPK hat im Budget einen Betrag von etwa 70 000 Franken für die Reinigung der stadteigenen Gebäude vorgesehen. Der Posten Fassadenreinigung für Dritte ist ein absoluter Exot in diesem Budget. Die Stadtfinanzen erlauben uns nicht, einen solchen „Artenschutzbeitrag“ aufrechtzuerhalten. Ich bitte, dem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Walter Christen (SP): Mit solchen Kürzungen kann der Finanzhaushalt der Stadt Bern überhaupt nicht beeinflusst werden. Die Folgekosten bei nicht gereinigten Sandsteinfassaden sind viel höher, als der vorgesehene Beitrag an Dritte, da sich die Sprayfarben in die Fassaden fressen. Darum bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

Rudolph Schweizer (SVP): Der Beitrag an Dritte hat überhaupt nichts mit Artenschutz zu tun. Letzte Woche diskutierten wir über die Stadt Bern als ein Weltkulturgut der UNESCO. Wenn man aber mit den Touristen spricht, fragen sie manchmal schon, was denn diese Sprayereien sollen. Wenn eine Wand nicht gereinigt wird, muss sich ein Sprayer eine neue freie Fassade für seine Graffitis suchen und plötzlich sind alle Wände voll. Dies führt zu viel höheren Folgekosten für die Stadt. Ich erachte es als gutes Zeichen der Stadt, wenn ein Beitrag an die Reinigung der Fassaden von Dritten bezahlt wird. Die Kosten für die Signalisation haben wir in der FIKO/GPK gut besprochen. Heute müssen sehr viele Signalisationen erneuert werden, da sie reflektieren müssen. Dies ist eine Aufgabe, die uns von oberen Gesetzten auferlegt wurde. Auch hier darf nichts gestrichen werden. Die vielen Sportanlässe in der Stadt Bern sind auf

Signalisationen angewiesen und ich bin einfach nicht der Meinung, dass diese Kosten den verschiedenen Vereinen auferlegt werden sollen. Ich bitte, die beiden Anträge abzulehnen.

Raymond Anliker (SP): Es geht hier um einen Kredit für Fassadenreinigungen von privaten Liegenschaften. An öffentlichen Liegenschaften werden Sprayereien nach wie vor entfernt. Auch ich bin der Meinung, dass private Hauseigentümer eigenverantwortlich handeln sollen. Grundeigentümer haben die Möglichkeit, ihre Fassaden gegen Vandalen versichern zu lassen. Es gibt ein neues Angebot bei der Gebäudeversicherung des Kantons Bern. Als Besitzer einer Sandsteinfassade könnte ich sonst die Stadt Bern für Fassadenbeschädigungen aufgrund der schlechten Luft verantwortlich machen und mir diese von der Stadt bezahlen lassen.

Kurt Weyermann (FDP): Zweimal habe ich bei meinen Vorrednern nun das Wort Eigenverantwortung gehört. Kann mir jemand erklären was dies heisst? Sind die betroffenen Hauseigentümer verantwortlich für die Sprayereien? Sollen sie ihre Gebäude von privatem Wachpersonal schützen lassen? Also sicher nicht! Das Wort Eigenverantwortung ist hier nicht angebracht. Wenn jemand seine Fassade frisch renoviert hat, und er findet am nächsten Tag ein riesiges Graffiti vor, hat er wohl das Recht, wütend zu sein. Die Justiz gibt sich zuwenig Mühe, den Sprayern habhaft zu werden. Und wenn einmal ein Sprayer erwischt wird, wird seine Tat noch verniedlicht.

Beschlüsse

1. Der Kürzungsantrag GPK/FIKO und Fraktion GFL/EVP für Fassadenreinigung wird mit 38 : 30 : 3 angenommen, d.h. der Aufwand wird den privaten Hauseigentümern in Rechnung gestellt (= Mehrertrag).
2. Der Kürzungsantrag GPK/FIKO und Fraktion GFL/EVP für Strassensignalisation (PG 744.3010.00, 744.3030.00, 744.3040.00, 744.3050.00, 744.4900.27, 730.3907.44) wird mit 48 : 19 : 4 abgelehnt.

PG Berufsfeuerwehr

GPK Präsidentin *Béatrice Stucki*: Der noch nicht erfüllte Sparauftrag von 1 Mio Franken wurde v.a. diskutiert. In diesem Zusammenhang kam auch das Bench-Marking mit anderen Städten zur Sprache. Unterlagen dazu wurden GPK/FIKO inzwischen zugestellt. Für deren Auswertung hatten wir noch keine Zeit. Der Direktor für Öffentliche Sicherheit, hat an seiner Aussage festgehalten, dass der Sparauftrag unseriös und unrealisierbar sei, wenn man keine Gefährdung der Wahrnehmungspflicht der Aufgaben der Feuerwehr riskieren wolle. Konkrete Beispiele dazu hat er uns versprochen, diese liegen jedoch zur Zeit noch nicht vor. Der offene Sparauftrag hat bei den Anwesenden zu Unsicherheit und Unzufriedenheit geführt, was sich auch im Abstimmungsergebnis niederschlug. Das PG für die Berufsfeuerwehr wird ohne Änderungen mit 13 : 0 : 6 zur Annahme empfohlen.

Fraktionserklärungen

Für die GB/JA!/GPB *Catherine Weber (GB)*: Eine kleine Ergänzung: Der Sparauftrag ist effektiv ein Problem. Darum haben wir in der GPK/FIKO beschlossen, dass es voraussichtlich Mitte bis Ende Februar noch eine Sitzung dazu geben wird. Dort wollen wir uns von den zuständigen Experten und Expertinnen über die Problematik informieren lassen. Aufgrund dieser Anhörung werden wir uns letztlich auch entscheiden, ob die Aussage des Polizeidirektors, dass weitere Sparmassnahmen absolut unmöglich seien, zutreffen. Wir nehmen unseren Kontrollauftrag ernst.

Rudolph Schweizer (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Auch wir möchten gerne wissen, wie die Berufsfeuerwehr den Sparauftrag, den sie vom Gemeinderat erhalten hat, erfüllen will. Die Vereinbarung lautet, dass sie bis Ende April 2002 Vorschläge einbringen soll. Wir bitten die Feuerwehr, diesen Termin einzuhalten. Gemäss Vergleichen mit grösseren Städten ist die Feuerwehr der Stadt Bern die teuerste im deutschsprachigen Raum. Hierzu verlangen wir eine Begründung. Ein weiteres Novum für uns ist die Verrechnung von Fehlalarmen, die immer noch gratis sind. Auch hier möchten wir eine Überprüfung, ob hier nicht Mehrerlöse erzielt werden könnten.

Gemeinderat *Kurt Wasserfallen* (DSI): Wir sind froh, wenn eine Delegation der GPK/FIKO unsere Bedingungen einmal anschauen kommen will. Ich hoffe, dass die Vorschläge bis Ende April 2002 vorliegen werden. Die Kosten der Fehlalarme werden dem Rat gemäss einem Gemeinderatsbeschluss, im Rahmen des Gebührenreglements vorgelegt. In diesem Sinne bitte ich, dieses PG anzunehmen.

Beschluss

Das PG Berufsfeuerwehr wird mit 55 : 4 : 9 angenommen.

PG Jugendamt

GPK Präsidentin *Béatrice Stucki*: Von einigen Mitgliedern der GPK/FIKO wurde bedauert und kritisiert, dass einige Tagesbetreuungsplätze immer noch über den Fonds finanziert werden und dass das Kinderbüro über den Bonus des Jugendamtes finanziert wird. So entfällt bei den Tagesbetreuungsplätzen die Kostenbeteiligung via Lastenausgleich und der Bonus im Jugendamt kann nicht für andere ebenso gute und notwendige Projekte verwendet werden. Uneinigkeit herrscht bei der Frage, wie viele neue Tagesbetreuungsplätze in das Budget 2002 aufzunehmen sind. Einerseits muss die Motion Teuscher und andererseits die Motion Olibet umgesetzt und erfüllt werden. Ein Antrag, die Tagesbetreuungsplätze von 40 auf 20 zu reduzieren, wurde mit 10 : 6 : 2 Stimmen abgelehnt. Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass im Rahmen der Sparmassnahmen, auch im nächsten Jahr sowohl die TAGIs wie auch die KITAs über Weihnacht/Neujahr, sowie eine Woche im Sommer geschlossen bleiben. Längere Schliessungszeiten sollen nicht erfolgen.

Beschluss

Das PG Jugendamt wird mit 54 : 2 : 12 angenommen

PG Gesundheitsdienst

Anträge FIKO

S.47: 411.3510.12	Gesundheitsdienst, Beiträge Fula	+	6 600
S.47: 411.4330.00	Gesundheitsdienst, Elternbeiträge	+	6 600

Anträge GPK/FIKO

S.47: 411.3660.11	Gesundheitsdienst, Kinderlager	+	51 200
S.47: 411.4510.00	Gesundheitsdienst, Rückerstattung Kanton (LA brutto)	+	20 000

GPK Präsidentin *Béatrice Stucki*: Hier ist uns ein Fehler unterlaufen. Die Kosten wurden zweimal budgetiert. Es handelt sich um 34 880 Franken. Dieser Fehler wird beim Rechnungsabschluss berücksichtigt werden. Neben einigen Sparmassnahmen konnte hier ein neues Produkt aufgenommen werden. Für das Projekt „Eltern reden über Sucht“ werden Mehrauf-

wendungen von 50 000 Franken budgetiert. Zusätzlich ins Budget aufgenommen hat die GPK/FIKO das Lager für benachteiligte Kinder, dies ist eine Massnahme aus dem Massnahmenpaket. Wir beantragen, die 31 200 Franken Nettokosten wieder ins Budget aufzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 14 : 0 : 4 angenommen. Das gesamte Budget der PG Gesundheitsdienst wurde mit 15 : 0 : 3 genehmigt.

Fraktionserklärungen

Für die SP/JUSO *Beat Zobrist* (SP): Warum wollen wir 51 000 Franken Brutto, was ca. 30 000 Franken Netto entspricht, in diese PG neu aufnehmen. Es geht um ein Lager für Schulkinder im Alter von 7 bis 12 Jahren. Dieses findet jeweils im Sommer und Herbst für je drei Wochen statt. Die Kinder kommen aus sozial benachteiligten Familien; es hat Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen oder mangelhafter Betreuung während den Schulferien. Die Tagesschulen sind während den Schulferien geschlossen. Es handelt sich also um Prävention in Reinkultur. Wird dieser Betrag gestrichen, haben wir zwar einen kleinen Betrag gespart, aber für die Betroffenen kann dies grosse und schlimme Auswirkungen haben. In diesen Lagern werden keine „Pfründen“ von irgendwelchen gut verdienenden Beamtinnen und Beamten verteidigt, sondern die Leiterinnen und Leiter arbeiten für einen Tagesansatz von 180 Franken, die Hilfsleiter, auch diese mit sozialpädagogischer Ausbildung, für 60 Franken pro Tag. Die Köche und Köchinnen erhalten 90 Franken pro Tag. Dies sind also äusserst schlechte Stundenansätze. Pro Tag kostet ein Kind 46 Franken. Diese Beträge sind durchaus zu verantworten. Diesen Herbst haben 22 Kinder teilgenommen, das Lager war somit leicht überfüllt, was darauf hinweist, dass es einem echten Bedürfnis entspricht. Ich bitte deshalb, diesen Betrag ins PG aufzunehmen.

Für die CVP/ARP *German Kalbermatten* (CVP): Der Gemeinderat will familienergänzende Kinderbetreuung und gute Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern fördern. Dies ist genau in unserem Sinne. Arbeitende Eltern haben 4 bis 5 Wochen Ferien im Jahr. Die Kinder haben jedoch 13 Wochen Ferien. Der städtische Gesundheitsdienst bietet jetzt im Sommer und im Herbst, familienergänzende Kinderbetreuung in Form von dreiwöchigen Kinderlagern an. Auch sozial benachteiligte und verhaltensauffällige Kinder können so an gut betreuten Ferienwochen teilnehmen. Nach unserer Auffassung haben diese Lager eine direkt präventive und gesundheitsfördernde Wirkung. Um ein paar tausend Franken zu sparen, will der Gemeinderat diese Kinderlager aufheben. Die einzige Alternative wäre die Betreuung der betroffenen Kinder in einer Pflegefamilie, sofern solche noch gefunden werden können. Für diese Betreuungsleistung bezahlt die Fürsorge 50 Franken pro Tag, inklusive Übernachtung. Dazu kommen Mehrkosten, besonders bei betreuungsintensiven Kindern. Ein Kind im Lager des Gesundheitsdienstes kostet 46 Franken pro Tag. Wird dieser Budgetposten gestrichen, wird eine billigere Lösung durch eine teurere ersetzt. Dem sagt man dann sparen – für uns ist dies unverständlich. Mangelhafte Betreuung von Kindern verschlimmert Verhaltens- und Entwicklungsstörungen. Präventive Betreuung kommt der öffentlichen Hand billiger zu stehen, als spätere Therapien. Wir verlangen deshalb, dass diese Kinderlager weitergeführt werden und die dafür notwendigen 51 200 Franken ins Budget aufgenommen werden.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Der neue Budgetposten „Eltern reden über Sucht“ ist nicht eine neue Aufgabe, die die Stadt übernommen hat, sondern eine Aufgabe, die von der DSO in den Gesundheitsdienst verschoben wurde. Es handelt sich demnach um einen kostenneutralen Budgetposten. Die Ferienlager für verhaltensauffällige Kinder sollten nicht aus dem Budget gestrichen werden. In diesen Lagern finden Kinder Aufnahme, die sehr schwierig zu betreuen sind. Daher können die betroffenen Kinder nicht irgendwo platziert werden. Die Lager sind auch für die Eltern sehr wichtig, damit sie entlastet werden und auch wissen, dass ihre Kinder

gut betreut sind. Im Rahmen der Portfolioanalyse des Jahres 2000 war diese Sparmassnahme am wenigsten schlimm. Sie wurde nicht aus sachlichen, sondern aus rein finanzpolitischen Gründen getroffen. Es gibt leider noch andere Massnahmen, die zwar kurzfristig eine Entlastung des Budgets bringen, aber mittel- und langfristig viel mehr Reparaturkosten nach sich ziehen. Da es ein Sparauftrag aus der Portfolioanalyse ist, die Netto 31 000 Franken einbringt und der Gemeinderat diese umsetzen will, bleibt er bei seiner Meinung.

Beschluss

Der Anträge der GPK und FIKO um Wiederaufnahme des Budgetpostens für die Kinderlager wird mit 71 : 0 : 1 angenommen.

PG Stadtgärtnerei

GPK Präsidentin *Béatrice Stucki*: Dieses Budget enthält eine grosse Unbekannte. Nämlich die budgetierten Mehreinnahmen für die Wiedereinführung der Bestattungsgebühren für Bernerinnen und Berner und eine Erhöhung der Tarife für Auswärtige. Das Rückkommen des Gemeinderats zum Gebührenreglement wurde im Stadtrat noch nicht genehmigt. Die Beratung dieser Vorlage im Rat wird erst im ersten Quartal des nächsten Jahres erfolgen. Ebenfalls noch offen ist, ob die Stadtgärtnerei nach der Kantonalisierung der Berufsschulen und Gymnasien weiterhin verantwortlich für die Grünpflege dieser Anlagen sein wird. Daraus könnten die erhofften Mehreinnahmen resultieren. Trotzdem wurde dieses Budget mit 13 : 0 : 4 genehmigt.

Antrag Heinz Rub (FDP)

Auf die Aufhebung der Gratisbestattungen sei zu verzichten, bzw. auf die Budgetierung des entsprechenden Ertrages.

Heinz Rub (FDP): Ich beginne mit zwei Zitaten. Das erste ist vom Stadtpräsidenten: „Es ist nicht korrekt, wenn etwas ins Budget aufgenommen wird, wenn weder der Gemeinderat, noch die vorberatende Kommission, noch der Stadtrat vorher darüber befunden hat.“ Ich stimme dem Stadtpräsidenten vollumfänglich zu. Der Gemeinderat sagt in einer Beantwortung einer Motion der FDP: „Es ist nicht opportun, kurzfristig (es geht um vier Jahre) wieder auf einen Mehrheits- und Volksentscheid zurückzukommen.“ Auch hier gebe ich dem Gemeinderat recht. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat und das Volk mit grossem Mehr beschlossen, dass weder Grabplatz- noch Bestattungsgebühren für gestorbene Steuerzahler der Stadt Bern, erhoben werden. Trotzdem kommt der Gemeinderat nun darauf zurück. Mein Antrag lautet, dass bei den Konten 4110.00 und 4340.00 auf die 800 000 Franken Grabplatzgebühren und die 675 000 Franken Bestattungsgebühren verzichtet wird. Ich möchte, dass der Rat noch einmal über diese Gebühren diskutieren kann und auch das Volk an der Urne noch einmal zu Wort kommt. Die Kommission wie auch der Stadtrat müssen in ihrer Entscheidung frei bleiben, was man in dieser Frage in Zukunft machen will. Dieses Budget soll für uns keine Präjudiz für spätere Entscheide sein. Ich beantrage deshalb, die gesamthaft 1,475 Mio Franken nicht ins Budget aufzunehmen. Wenn der Rat und das Volk diesen Gebühren zu einem späteren Zeitpunkt zustimmt, dann sind dies Mehreinnahmen, die der laufenden Rechnung zu Gute kommen werden.

Fraktionserklärungen

Für die SP/JUSO *Andreas Zysset (SP)*: Wenn hier zu einem späteren Zeitpunkt die Reglementsänderung nicht vorgenommen wird, werden wir auch die entsprechenden Mehreinnah-

men nicht machen können. Aber wir denken, wenn der Gemeinderat den festen Willen hat, die Reglementsänderungen durchzubringen, so ist es auch legitim, wenn er dies budgetiert. Eine überwiegende Mehrheit unserer Fraktion ist klar der Meinung, dass dieser Betrag im Budget belassen wird.

Für die GFL/EVP *Eva von Ballmoos* (GFL): Wir unterstützen den Antrag Rub. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass eine Gebührenerhebung ohne die entsprechende Rechtsgrundlage nicht vollzogen werden darf. Es tut mir leid, wenn die Budgetierung der Stadtgärtnerei deswegen Schwierigkeiten bekommt, aber um politische Glaubwürdigkeit zu bewahren, müssen wir bei allen Entscheidungen dieselben Massstäbe ansetzen.

Für die SP/JUSO *Walter Christen* (SP): Wenn dieser Posten nicht aufgenommen wird, darf er auf keinen Fall die Rechnung der Stadtgärtnerei belasten. Die 1,475 Mio Franken müssen über das Gesamtbudget abgewickelt und dürfen nicht in das PG der Stadtgärtnerei aufgenommen werden.

Für die SVP/JSVP *Rudolph Schweizer* (SVP): Unseres Erachtens darf ein solcher Betrag nicht ohne politische Diskussion in das Budget aufgenommen werden. Dies wäre sonst Beschönigung des Gesamtbudgets. Wir bitten darum, diesen Budgetposten nicht ins Budget aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Frau Leuenberger für ihren Einsatz als ehemalige Bereichsleiterin Administration der Stadtgärtnerei danken.

Einzelvoten

Michael Jordi (GB): Das Budget ist nur zum Teil ein betriebswirtschaftliches Papier. Zum grossen Teil ist es ein politisches Beschlusspapier der Legislative, welches dem Volk vorgelegt wird. Im Rahmen der jetzigen Beratungen wurden sicher zwei Dutzend Posten aufgenommen, die der Situation, in der wir uns gerade jetzt befinden, entsprechen. Ich glaube auch bei diesem Punkt geht es um die Glaubwürdigkeit, ob ein ausgeglichenes Budget angestrebt wird oder nicht und ob dieser Wille der Stimmbevölkerung auch vorgelegt wird. Wir werden später die Gelegenheit haben, im Rat dazu Stellung zu nehmen.

Für die FDP *Heinz Rub*: Eigentlich habe ich erwartet, dass eine solche Argumentation, wie sie uns Herr Jordi ausgebreitet hat, meinem Antrag folgen wird. Genauso darf eben nicht vorgegangen werden. Man legt dem Volk das Budget vor und stellt sich auf den Standpunkt, dass das Volk auch diesen Gebühren zugestimmt hat. Ich bin der Meinung, dass die Gebühren erst in der Kommission und dann im Rat diskutiert werden müssen. Wenn wir uns danach zu diesen neuen Gebühren aussprechen, ist es eine zusätzliche Einnahme, die in der laufenden Rechnung verbucht wird. Ich finde auch, dass dieser Posten nicht über das Budget der Stadtgärtnerei laufen darf, sondern er muss über das Gesamtbudget ausgeglichen werden. Ich bitte den Rat, meinen Antrag zu unterstützen.

Direktor HSE *Adrian Guggisberg*: Ich möchte zuerst der Sprecherin der GPK/FIKO für ihre Ausführung danken. Wie sie richtig bemerkt hat, gibt es eine Unbekannte mit diesen Gebühren im Budget der Stadtgärtnerei. Ein Budget hat aber naturgemäss immer mehrere Unbekannte. Ich stimme hier nicht mit Herrn Rub überein, der sagt, man schaffe ein Präjudiz. Ein Budget ist eine Absichtserklärung des zuständigen Organs, wie es mit den Finanzen umgehen will. Wie es dann konkret aussehen wird entscheidet dann der Stadtrat. Dies bedeutet also keineswegs, dass eine Annahme dieses Budgetpostens nicht noch eine Diskussion im Rat nach sich ziehen wird. Der Gemeinderat nimmt seinen Auftrag wahr, Ihnen ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Die Zustimmung der vorberatenden Kommission mit 13 : 0 Stim-

men sehen wir als Vertrauensbeweis für das Budget der Stadtgärtnerei. Der Gemeinderat erachtet es in der momentanen finanziellen Situation als wichtig, dass alle Budgetposten ohne Tabus überprüft werden, um zu einer Budgetverbesserung beizutragen. Aus diesen Überlegungen heraus, erachtet es der Gemeinderat als richtig, diese Gebühren noch einmal aufzuführen. Auch finden wir, dass die Grabplatz- und Bestattungsgebühren moderat und realistisch gehalten sind. Die Überlegungen von Herrn Rub verstehen wir vollständig. Auch wir würden den Bewohnenden der Stadt Bern die letzte Ruhestätte gratis zur Verfügung stellen. Aber eine gründliche Betrachtung zeigt, dass nicht die das Geschenk bekommen, die wir damit begünstigen wollen, sondern es sind ganz andere. Die Gebühren die hier vorgesehen sind, werden aus dem Nachlass erhoben, was soviel heisst, dass die Erben diese bezahlen. Die Erben wohnen aber nicht unbedingt in der Stadt Bern. Werden die Bestattungsgebühren nicht von den Erben bezahlt, müssen diese von den Steuerzahlenden der Stadt Bern finanziert werden. Darum hat der Gemeinderat nach eingehenden Diskussionen beschlossen, diese Gebühren in das Budget aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit will ich aber betonen, dass eine würdige Bestattung von Verstorbenen auch mit diesen beantragten Gebühren gewährleistet bleibt. Nach wie vor werden für mittellos Verstorbene, die vor ihrem Ableben hier in Bern ihren Wohnsitz hatten, keine Gebühren erhoben. Was wären aber die Konsequenzen, wenn diese Gebühren gestrichen würden? Die von Ihnen immer wieder verlangte Verbesserung der Kostendeckung für Leistungen der Stadt Bern, wird für die PG Friedhöfe der Stadtgärtnerei nicht mehr möglich sein. Die Streichung dieser Gebühren bewirkt ein Ausfall von rund 25% der Einnahmen und die Stadtgärtnerei könnte ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen. Auch die Kostenwahrheit wäre nicht mehr gewährleistet. Der Gebührenverzicht bedeutete aber auch, dass die zur Aufrechterhaltung des heutigen Standards in den Friedhöfen benötigten Mittel, anderweitig aufgestockt werden müssten. Ich möchte den Rat bitten, die Gebühren im Budget zu belassen. Er wird noch die Möglichkeit haben, diese zu diskutieren und auch über die Höhe der Gebühren wird er noch befinden können.

Einzelvoten

Walter Christen (SP): Ich bin der Meinung, dass die Gebühren im Budget belassen werden sollen. Wenn der Rat aber anderer Meinung ist, möchte ich gerne wissen, wo diese Einnahmen kompensiert werden. Ich finde, dass dieser Posten nicht der Stadtgärtnerei auferlegt werden kann. Hier bitte ich um die klare Aussage, dass es auf das Gesamtbudget von 1,1 Milliarden Franken aufgestockt wird.

Adrian Guggisberg, Direktor HSE: Dies wird eine weitere Diskussion im Stadtrat sein, wie dieses Geld wieder generiert wird. Vielleicht gibt sich der Stadtrat auch damit zufrieden, dass der Kostendeckungsgrad für die Friedhöfe weiter unten angesiedelt wird und deshalb mehr aus Steuermittel aufgebracht werden muss.

Eva von Ballmoos (GFL): Wie auch immer die Diskussion über die Friedhofsgebühren ausgeht, die Beschlüsse werden so oder so nicht im Jahr 2002 wirksam werden. Die Gebühren dürfen erst eingezogen werden, wenn die Änderung im Reglement rechtskräftig ist. Bekanntlich braucht dies alles seine Zeit. Aus diesem Grund ist das Timing falsch. Daher wäre es an der Zeit, diese Gebühren aufzugleisen, damit dann im Jahr 2003 solche Beträge budgetiert werden dürfen.

Beschlüsse

1. Der Antrag Rub wird mit 39 : 32 : 2 gutgeheissen.
2. Das PG Stadtgärtnerei wird mit 53 : 5 : 14 gutgeheissen.

PG Schul- und Büromaterial / Informatikdienste

GPK Präsidentin *Béatrice Stucki*: Um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, wurden die Preise für Schul- und Büromaterial neu kalkuliert. So werden z.B. die Mietzinserhöhungen auf die Produkte umgewälzt. Der massiv gesunkene Erlös ist auf den Wegfall von Bernmobil als Kunde für den Treibstoff zu begründen und kann nicht kompensiert werden. Dieses Budget wurde von der GPK/FIKO, genau wie die Informatikdienste, einstimmig angenommen. Zur Aufgabenstellung der Informatikdienste wurde verlangt, dass sie sich vermehrt gegen aussen orientieren und Dienstleistungen für Dritte anbieten sollen. Die personellen Ressourcen lassen dies aber nicht zu.

Beschlüsse

1. Das PG Informatikdienste wird mit 67 : 0 : 1 angenommen.
2. Das PG Schul- und Büromaterial wird mit 69 : 0 : 0 genehmigt.

Schlussbetrachtungen des Voranschlags 2002

Therese Frösch, Direktorin FPI: Nach der Detailberatung ergibt sich nun ein Budgetdefizit von 661 420 Franken. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben muss unser Budget aber zumindest ausgeglichen sein. Die Finanzverwaltung hat am 15. November, also genau vor einer Woche, am Kapitalmarkt 150 Mio Franken zu sehr günstigen Bedingungen, nämlich zu 2,925% für 5 Jahre aufgenommen. Da im Budget eine Anleihe zu 4.25% für 10 Jahre enthalten ist, kann der Budgetausgleich über das Konto 610.3220.10 erfolgen. Damit wäre dieses Budget 2002 nun ohne Defizit. Nach gewalteten Berechnungen schliesst dieses Budget mit einem Gesamtaufwand und einem Gesamtertrag von je 975 496 510 Franken ausgeglichen ab.

Fraktionserklärungen

Thomas Fuchs (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Ich freue mich auf diese Situation, ich war sicher, dass wir wieder eine Zauberstücklein miterleben werden. Die Frage war nur, woher das Geld dieses Mal genommen wird. Ich finde es eine gute und nachvollziehbare Idee. Meine Anschlussfrage wäre nur, wie viel man sonst noch hätte einsparen können, bzw. wie viel wäre sonst noch möglich gewesen.

Stephan Hügli für die FDP: Ich will noch schnell unsere Haltung begründen. Die FDP wird sich nämlich der Stimme für die Budgetabstimmung enthalten. Dies aus folgenden Gründen: Das Budget ist zwar ausgeglichen und es enthält keine Steuererhöhung, was uns eigentlich dazu bewegen würde, diesem zuzustimmen. Auf der anderen Seite ist das Nulldefizit nur durch unechte und einmalig wirkende Massnahmen zustande gekommen. Ich verweise hier v.a. auf den Raubzug auf die GWB- oder SWB-Kasse. Der Finanzperspektive mangelt es in dieser Stadt immer noch an den nötigen Strukturveränderungen, v.a. innerhalb der Verwaltung. Wir haben gesehen, dass wir v.a. ausserhalb zu sparen versuchten. Wir vermissen nach wie vor die langfristige Finanzstrategie, die zu einer echten Gesundung unserer Finanzen führen kann. Mit unserer Enthaltung wollen wir zeigen, dass wir mit dieser Finanzpolitik nicht einverstanden sind. Aus diesem Grund haben wir auch den Rückweisungsantrag gemacht. Ich verweise auf unsere Fraktionserklärungen zum Massnahmenpaket Finanzplan einerseits und zum Eintretensvotum andererseits. Wir brauchen eine grundlegende Strategie und eine grundlegende Planung über Jahre hinweg, wie dass hier gespart werden kann.

Margrith Thomet (SVP) für die SVP/JSVP: In der Fraktionserklärung zum Budget haben wir klar begründet, warum wir dieses Budget ablehnen werden. Ein wesentlicher Teil ist, dass wir

trotz dem Filag, trotz der Entlastung von 25 Mio Franken, trotzdem dass der neurechtliche Fehlbetrag nicht abbezahlt wird und trotz aller getroffenen Massnahmen mit diesen verschiedenen Haushaltssanierungspaketen, haben wir nur ein knapp ausgeglichenes Budget erreicht. Wir haben eigentlich mehr erwartet. Darum lehnen wir dieses Budget ab.

Schlussabstimmung

Der Voranschlag 2002 inklusive Produktgruppen-Budget wird mit 42 : 14 : 17 gut geheissen.

Botschaft

Anträge FIKO

Seite 3, Spalte 1, Absatz 3, Zeile 4:

...dank Vermögenserträgen und Beiträgen von Sonderrechnungen (v.a. Auflösung von Reserven des GWB) zustande gekommen, was neben der Entlastung bei den Zentrumslasten um 32,1 Millionen und der Mehrbelastung beim kantonalen Finanzausgleich von 19,3 Millionen Franken dazu führt, dass bei einer theoretischen Steuererhöhung von 1,2 Steuerzehnteln eine Steueranlage von 1.54 resultiert. Die Reduktion der Steueranlage in der Stadt Bern von 2.3 auf 1.54 und die gleichzeitige Erhöhung der Steueranlage beim Kanton von 2.3 auf 3.06 bedeutet, dass die Steuerbelastung für die Steuerpflichtigen aber unverändert bleibt (vgl. dazu Seite 4).

Seite 4, Spalte 1, Absatz 3, Zeile 8:

...eine Verschiebung von 156,2 Millionen Franken Steuerertrag zum Kanton! Anstelle der vom Kanton in Aussicht gestellten Entlastung der Stadt Bern um 25,2 Millionen (erste Berechnungen des Kantons gingen sogar von 27,6 bzw. 26,8 Millionen aus) resultiert ab 2002 aus dem FILAG lediglich eine Nettoverbesserung von 10,3 Millionen Franken, die nicht in Form einer Steuersenkung an die Bevölkerung weitergegeben wird. Sie dient der Verminderung der strukturellen Lasten und ist deshalb...

Seite 4, Spalte 2, Abs.1, Zeile 5:

...beeinflussbare Haushaltverbesserungsmassnahmen

Seite 4, Spalte 2, Abs. 1, Zeile 11:

...Weitere Verbesserungsmassnahmen (im Rahmen....

Seite 5, Spalte 1, Abs. 1, 4. Zeile:

...im Jahr 2000, u.a. dank dem Verkauf der Mittelschulliegenschaften, ein kleiner Überschuss realisiert...

Seite 5, Spalte 1 Abs. 2, Zeile 3, streichen: noch

...Jahre zu sichern, nicht erreicht.

Seite 5, Spalte 1 Abs. 2, 5.-letzte Zeile, Satz neuformulieren:

Weitere 8 Jahre müssen dann noch je 20,8 Millionen Franken abgeschrieben werden.

Seite 6, Spalte 1 Abs. 1, Zeile 2:

...müssen, wird dem Regierungsrat des Kantons Bern zum Budgetausgleich ein 3-jähriges Moratorium mit Verzicht auf die Abschreibung altrechtlicher Bilanzfehlbeträge beantragt.

Die Präsidentin der FIKO Katharina Suter: Es ist so oder so schwierig, dem Stimmvolk die Botschaft zum Budget verständlich zu vermitteln. Mit der vorgelegten Bereinigung, versucht die FIKO, das Papier etwas klarer und transparenter zu gestalten. Mit Stichentscheid der Präsidentin der FIKO liegt die Textanpassung zur Genehmigung vor. Weiter soll in der ganzen Botschaft der Begriff „Sparmassnahmen“ durch den Begriff „Haushaltsverbesserungsmassnahmen“ ersetzt werden. Wir empfehlen dem Stadtrat, die Änderungsvorschläge zu genehmigen.

Beschluss

Die Abstimmungsbotschaft mit den Bereinigungen der FIKO wird mit 69 Stimmen einstimmig gutgeheissen.

Die Sitzung wird um 19.20 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Der Protokollführer: *Ruben Amman*